Das Ende des Verbrennungsmotors: Bundestag lässt Einspruchsfrist gegen EU verstreichen

geschrieben von H.j. Lüdecke | 2. April 2018

Die Einspruchsfrist des Deutschen Bundestags gegen den Vorschlag der EU-Kommission (EU-Verordnung Ratsdokumentnummer 1421/17) zur Festlegung von Emissionsnormen für Personenkraftwagen (hier, hier, hier) ist inzwischen abgelaufen, ohne dass sich eine Bundestagspartei dieser, für die wirtschaftliche Zukunft unseres Autolandes entscheidenden, Angelegenheit annahm. Hierzu kann man nur Claude Juncker zitieren *„Wenn es kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir einfach weiter„*. Der deutsche Bundestag gehört definitiv zu denen, die nichts begriffen haben.

Einzige Ausnahme von den Begriffstutzigen machte die AfD-Fraktion. Deren Anträge werden freilich undemokratisch, weil generell unabhängig von ihren Sachinhalten, von dem gegen sie gerichteten Parteien-Kartell abgelehnt. Die AfD wollte mit Ihrem Diskussionsantrag erreichen, dass eine Subsidiaritätsrüge ausgesprochen wird, so gemäß Dr. Ing. Dirk Spaniel, dem verkehrspolitischen Sprecher der AfD-Fraktion. Damit wäre der EU-Vorschlag zwar noch nicht vom Tisch, es wären aber wenigstens nicht alle Türen zugeschlagen worden.

Was bedeutet die EU-Intiative für unsere Autoindustrie, Zulieferer und Arbeitsplätze?

Die geplante EU-Verordnung will ab 2021 angeblich realitätsnähere Verbrauchstests für PKW und leichte Nutzfahrzeuge einführen. Das klingt zunächst vernünftig. Allerdings sind bei diesem Vorhaben die Grenzwerte so niedrig gewählt, dass technisch gar keine vernünftigen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren mehr möglich sind. Verbrauchsminderungen sind hier ausgereizt. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, was gemeint ist, müssten PKW mit Benzinmotoren einen Verbrauch von höchstens rund vier Litern pro 100 Kilometern einhalten.
Dazu führt Dr. Spaniel völlig korrekt aus: *„Diese Grenzwerte sind vielleicht für Kleinstwagen unter Laborbedingungen erfüllbar, nicht aber mehr für heutige Mittelklasselimousinen unter realen Bedingungen. Der Verbrennungsmotor oberhalb eines unbedeutenden Kleinwagensegments müsste dann durch Elektroantriebe ersetzt werden. Dieses wird entscheidende Auswirkungen auf den Motorenbau und die Zulieferindustrie in Deutschland und die damit verbundenen Arbeitsplätze haben. Alle Fraktionen haben die letzte Chance verspielt, dieser für Deutschland wirtschaftlich desaströsen EU-Verordnung die Stirn zu bieten. Die Realität ihres Handelns wird sie einholen, wenn in wenigen Jahren die ersten Motorenwerke geschlossen und Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit*

geschickt werden“.
Ironisch an der EU-Initiative, die unverkennbar Elektromobilität par Ordre du Mufti durchdrücken will, ist nur, dass die CO2-Bilanz von Elektroautos nicht generell besser ist als die von Benzinern oder gar Dieselmotoren (hier). Elektromobilität besitzt zweifellos sinnvolle Nischen, wie auf Golfplätzen und im ausschließlichen Stadtverkehr (hier sogar vielleicht einmal in öffentlichen Bussen). Generell wird sie den Verbrennungsmotor aber niemals ersetzen können. Das verbietet die elektrochemische Spannungsreihe der Elemente, also schlichte Physik, an der die Batterieentwicklung und auch gutgemeinte Politik nun einmal nicht vorbeikommen.
Die EU-Initiative in Sachen Verbennungsmotoren schließt sich nahtlos an die EU-Ökodesignrichtlinien an (hier). Diese Richtlinien sind sehr einfach zu erklären, wenn man sich an das Hinrichtungsinstrument „Garrote“ erinnert, mit dem in Spanien noch bis 1974 die Todesstrafe vollstreckt wurde. Es handelt sich um ein Halseisen, das langsam zugedreht wird, so dass der Delinquent besonders qualvoll endet. Der Delinquent sind hier die energieintensiven Industrien der EU-Mitgliedsstaaten, die Garrote die EU-Ökodesignrichtlinien, die von Jahr zu Jahr fester angezogen werden.

Was steckt hinter der EU-Initiative?

Man lese einfach (hier). Im Grunde einziges Motiv ist die „Rettung“ vor dem gefährlichsten „Gift“ der Welt, dem anthropogenen CO2. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie solch ein ideologischer Schwachsinn, der alle naturwissenschaftlichen Fakten ignoriert, enden wird: Alle von Verrückten errichteten Diktaturen gehen an ihren inneren Widersprüchen zugrunde (hier ist es die Brüsseler Diktatur von misanthropen Weltrettern vor dem anthropogenen CO2). Dies ist die gute Nachricht. Nun die schlechte: Dieses Zugrundegehen kann leider so lange dauern, bis nur noch Schutt und Asche übrig geblieben ist.



terimakasiho, Pixabay

Großbritannien hat als erstes Land Lunte gerochen und die Notbremse gezogen. Hier war allerdings ein anderer Grund als die EU-Energiepolitik maßgebend, die EU-Migrantenpolitik. Andere EU-Länder werden sich Großbritannien spätestens dann anschließen, wenn der wirtschaftliche Niedergang aufgrund der Brüsseler Energie-, Finanz-, Umverteilungs- und Migrations-Politik spürbar wird und insbesondere Deutschland als Zahlmeister ausgefallen ist. Ausfallender Zahlmeister? Wir schaffen das, Kernkraftwerke weg, ordentliche Stromversorgung weg, Kohle und Verbrennungsmotoren fast schon weg, …. irgendwann wird es schon klappen.

Insbesondere die Visegrad Staaten werden den Brüsseler Affenzirkus nur so lange mitmachen, wie sich ihr bisheriger Nettogewinn aus der EU nicht in ein Verlustgeschäft gewandelt hat. Das kann schneller passieren, als man denkt. Um nun aber nicht immer alles negativ zu sehen, sondern auch einmal das Positive zu betonen, schließen wir mit „Alle sind gute Europäer, wir besonders gute EuroPayer und sind stolz darauf“.